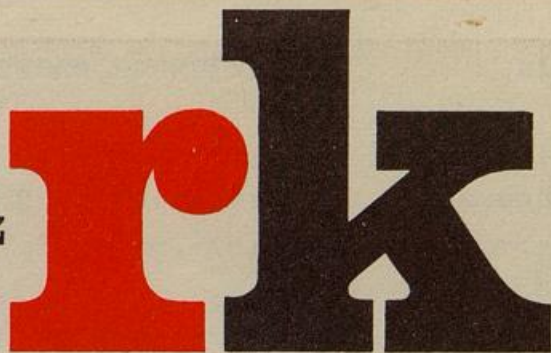


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 10. Juni 1983

Blatt 1503

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Stacher: Medizinstudenten sollen Pflegepraktikum
(grau) absolvieren

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Graz: Gemeinsam um einheitlichen Stromtarif kämpfen

Lokal:
(orange)

Jugendzentrum Kaiser-Ebersdorf übersiedelt

Nur
über FS:

Stadionbrücke: Kleinbus stürzte in den Donaukanal
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Betontransporter umgestürzt - zwei Verletzte
Grätzlfest am Schöpfwerk
Blitzschlag in Oberleitung

.....
Bereits am 9. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stacher: Medizinstudenten sollen Pflegepraktikum absolvieren (1)

Utl.: Für mehr Ausbildungsplätze in den Bundesländern

=++++

13 Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Für die Einführung eines Pflegepraktikums in das Medizinstudium, die Verkürzung der Turnuszeit unter Einbeziehung von Praxen in die Ausbildung, die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den Bundesländern und von Lehrpraxen für Turnusärzte sowie eines eigenen Faches für Geriatrie und Rehabilitation, sprach sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag bei einem von der Ersten österreichischen Spar-Casse veranstalteten Symposium über die Zukunft der freien Berufe aus.

Zwtl.: Bis 1995 35.000 Ärzte

Nach Stacher gibt es alle 20 Jahre das Phänomen der sogenannten "Ärztenschwemme". So nahm laut Stacher in den letzten 30 Jahren die Zahl der niedergelassenen praktischen Ärzte um 22 Prozent, der Fachärzte um 150 Prozent und der Turnusärzte um 32 Prozent zu. Nach einer Bedarfsstudie des österreichischen Gesundheitsinstitutes ist bis Mitte der Neunzigerjahre mit einer Zahl von 35.000 Ärzten zu rechnen, was gegenüber 1980 einer Verdoppelung gleichkommt. Diese starke Zunahme an frisch promovierten Ärzten hätte jedoch zur Folge, daß diese dann fünf bis neun Jahre auf einen Ausbildungsplatz warten müßten. (Forts.) zi/gg

NNNN

.....
Bereits am 9. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stacher: Medizinstudenten sollen Pflegepraktikum absolvieren (2)

Utl.: Kassenverträge nur bis zum 65. Lebensjahr

=++++

14 Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Dieser Entwicklung könnte nur, so Stacher, durch eine Reihe von gezielten Maßnahmen entgegengewirkt werden. Stacher nannte dabei unter anderem die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in den Bundesländern und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es derzeit in Wien doppelt so viele Ausbildungsplätze gibt als in den gesamten anderen Bundesländern. Ebenso sprach sich der Gesundheitsstadtrat für eine Verkürzung des derzeitigen Turnus (3 Jahre für den praktischen, 6 Jahre für den Facharzt) aus. Er regte an, daß ein Teil dieser Ausbildung in eigenen Praxen erfolgen könnte. Da eine weitere Vermehrung an Ausbildungsplätzen in Wien kaum realisierbar ist, schlug er zur Beseitigung des "Flaschenhalses Turnusausbildung", die Schaffung eigener Lehrpraxen für diverse medizinische Bereiche, wie etwa HNO, Augen, Hautkrankheiten, Kieferheilkunde usw., vor. Mit Hilfe eines Regionalplanes für Gesamtösterreich könnte es auch zu einer besseren ärztlichen Versorgung - gegenwärtig gibt es noch immer eine Konzentration in Ballungszentren im Gegensatz zu vielen ländlichen Gebieten - führen.

Zwtl.: Gegen Einführung eines "Numerus clausus"

Stacher sprach sich gegen die Einführung eines sogenannten "Numerus clausus" zur Bekämpfung der "Ärztenschwemme" aus. Durch die Einführung eines Pflegepraktikums könnte hier sehr wesentlich die Eignung der Studenten für das Medizinstudium geprüft werden. Eine weitere Maßnahme könnte seiner Meinung nach aber auch darin bestehen, in Zukunft Kassenverträge nur noch bis zum 65. Lebensjahr zu vergeben. (Forts.) z1/gg

NNNN

.....
Bereits am 9. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stacher: Medizinstudenten sollen Pflegepraktikum absolvieren (3)

Utl.: Probleme der Arbeitszeitverkürzung

=++++

15 Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Sehr ausführlich widmete sich Stacher auch dem Problem der Arbeitszeitverkürzung im Gesundheits- und Spitalsbereich. Er betonte, daß etwa mit dem derzeitigen System in den Krankenanstalten die 35-Stunden-Woche sicher nicht realisierbar und die eventuelle Einführung eines "Schichtbetriebes" notwendig wäre. Eine verstärkte Humanisierung bedeutet jedenfalls mehr Personal und erhöhte Kosten.

Auf Grund der Tatsache, daß derzeit über 1,4 Millionen Österreicher unter 60 Jahre und älter sind, ergibt sich die Notwendigkeit, auch an die Schaffung eines eigenen Facharztes für Geriatrie und Rehabilitation zu denken. Ferner sprach sich Stacher für die Schaffung eines Facharztes für Arbeits- und Betriebsmedizin sowie diverse Strukturänderungen im Bereich der Arztpraxen, etwa durch stärkere Rationalisierungen und die Schaffung von Gruppen- und Gemeinschaftspraxen sowie eigener Ärzte- und Gesundheitszentren, aus.
(Schluß) zi/ap

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages wurde mit der Fragestunde eröffnet. Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. ARTHOLD (ÖVP), welche Auswirkungen eine mögliche Auflösung der Sondermülldeponie der EBS in Schwechat hat, sagte Stadtrat SCHIEDER, daß die derzeitige Zwischenlagerung durch die EBS gesetzlich gedeckt ist und eine Fristverlängerung zur Lösung der Probleme gebraucht wird. Letzten Endes geht es um die bestmögliche Umwandlung des Sondermülls und die Deponierung der Reste, wobei die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern nötig ist, um ein unwürdiges "Herumschieben" der Probleme zu verhindern. Als besonders wesentlich bezeichnete Schieder die Bemühungen um die Anfallverminderung von Sondermüll durch den möglichen Verzicht auf Produkte und Produktionsmethoden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann eine Lösung der Probleme rund um die Sondermüllbeseitigung zu sehen ist, sagte Schieder, die Planungen dafür werden in einem Jahr abgeschlossen sein, die technische Ausstattung spätestens zwei bis zweieinhalb Jahre danach. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er weiterhin daran denke, Sondermüll auch aus anderen Ländern anzunehmen, sagte Schieder, die Probleme der Beseitigung können in Österreich nur durch die Zusammenarbeit der Bundesländer gelöst werden. Darüber hinaus wäre die Kooperation mit anderen Ländern, wie etwa Ungarn, anzustreben, da nicht jedes Land in Europa für jeden Giftstoff eine Anlage haben könne. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE vom LAbg. LUSTIG (SPÖ), wie weit die im Baumschutzgesetz vorgesehenen Möglichkeiten, Ersatzpflanzungen durchzuführen. Wahrgenommen werden, sagte Stadtrat SCHIEDER, daß diese Verpflichtung erst dann erfüllt ist, wenn nach fünf Jahren keine Schädigungen an den Ersatzpflanzungen festgestellt werden. Im Jahr 1982 wurden für 667 entfernte Bäume insgesamt 3367 Ersatzpflanzungen vorgenommen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welcher Prozentsatz der Ersatzpflanzungen erhalten bleibt, sagte Schieder, daß die 1982 erfolgte Überprüfung der Ersatzpflanzungen des Jahres 1977 ergeben hat, daß die meisten Bäume unbeschädigt erhalten geblieben sind. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 3. ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen er zur wirksameren Überwachung der geförderten Wohnbauträger treffen werden, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß ab sofort die Magistratsabteilung 25 laufende Bauvorhaben stichprobenartig überprüfen werde. Das Schwergewicht der genauen Erhebungen liegt dabei auf dem aktuellen Istzustand. Diese Kontrolle soll verhindern, daß zum Beispiel öffentliche Gelder zwischenzeitlich widmungsfremd verwendet werden. Angestrebt wird auch ein enges Einvernehmen mit den Kreditinstituten. Die Kontrolle durch den Magistrat ist als Ergänzung zur Tätigkeit des Prüfverbandes zu sehen. LAbg. Dr. HIRNSCHALL bezeichnete diese Maßnahme als einen brauchbaren Schritt, der allerdings das Problem nicht zur Gänze löse. Notwendig sei eine regelmäßige Kontrolle der Bonität der einzelnen Genossenschaften. Er stellte die Frage, ob auch HOFMANN der Meinung sei, daß sich die geförderten Wohnbauträger einer Kontrolle des Kontrollamtes unterwerfen müßten. HOFMANN antwortete, daß die Kontrolle der Genossenschaften selbst durch den Prüfverband weitestgehend zufriedenstellend sei. Die Frage, die sich für alle Landesregierungen stellt, ist die Verwertung der Prüfvermerke. Er vertrete die Meinung sagte HOFMANN, daß zunächst einmal die Behörde, welche die Förderungsmittel vererbe, selbst deren Verwendung kontrollieren soll. Die Frage einer eventuellen Einschaltung des Kontrollamtes könnte sich erst in einer nächsten Instanz stellen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, welche geförderten Wohnbauträger ihm derzeit Sorgen bereiten, antwortete HOFMANN, daß er dies derzeit noch nicht exakt beantworten könne. Spektakuläre Fälle seien allerdings, so weit er dies derzeit absehen könne, in nächster Zeit nicht zu erwarten. (Forts.) ger/ko

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Christine SCHIRMER (SPÖ), wieviele Anträge es bei der vorzeitigen Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen im Jahr 1982 gegeben habe, antwortete StR. HOFMANN, daß 2.344 Anträge auf begünstigte Rückzahlung erledigt wurden. Auf eine Zusatzfrage bezifferte HOFMANN die auf diese Weise zurückfließende Summe mit zirka 203 Millionen Schilling. (Forts.) ger/ap

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE vom LAbg. Dr. PETRIK (ÖVP), wieviele Meldungen von unvermieteten Wohnungen bisher eingegangen sind, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß 50.000 Fragebogen an die Liegenschaftseigentümer ausgesandt wurden. Bis auf 260 sind alle Fragebogen zurückgelangt. Eine Feststellung der Zahl der unvermieteten Wohnungen wurde bisher nicht durchgeführt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviel diese Steuer eingebracht habe, gab Stadtrat Mayr bekannt, daß bis jetzt 600.000 Schilling an Vorauszahlung geleistet wurden. Stichtag für die Steuererklärung sei der 31. März 1984.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie hoch der Sach- und Personalaufwand für diese Sondersteuer sei, betonte Stadtrat Mayr, daß es keine Personalvermehrung gegeben habe. Das Gesetz habe auch nicht im Sinn, nur Steuer einzutreiben. Dahinter stehe die politische Absicht, die Kosten des Freihaltens einer Wohnung so hoch anzusetzen, daß sie vermietet wird. Stadtrat Mayr lud die ÖVP zur Zusammenarbeit ein, damit angesichts der 20.000 vorgemerkten Wohnungssuchenden in Wien kein Wohnraum ungenützt bleibt. (Forts)
fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE vom LABg. OUTOLNY (SPö), welche Stellungnahme die Finanzreferenten der Bundesländer zu der von Wien vorgeschlagenen Steuer auf Einweggebinde abgegeben haben, sagte Stadtrat Mayr, daß leider keine einheitlichen Stellungnahme möglich war. Er habe aber die Absicht, den entsprechenden Gesetzentwurf dem Landtag zuzuleiten. Wenn es nötig sei, müsse Wien einen Alleingang für diese Umweltschutzsteuer unternehmen, was hoffentlich Beispielsfolgen auf andere Bundesländer habe.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Steuer auf Einweggebinde auch für andere Verpackungen möglich sei, sagte Mayr, daß es hier rechtliche und technische Schwierigkeiten gibt. Es sei nur eine Erfassung beim Verbraucher und nicht beim Erzeuger möglich. Die Erfassung solcher Verpackungen könnte nur der Bundesgesetzgeber erreichen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Überlegungen bestehen, die Getränkesteuer zugunsten der alkoholfreien Getränke zu ändern, betonte Mayr, daß die Getränkesteuer eine Gemeindesteuer sei, die bundeseinheitlich geregelt ist. Sie sei eine reine Verbrauchssteuer, was zu Wettbewerbsverzerrungen, siehe Vösendorf, führen kann. Er strebe eine gleichmäßige Belastung an und suche mit Übereinstimmung des Gastgewerbes eine neue Lösung. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. Hildegard WONDRAUSCH (SPö), ob die letzte Erhöhung der Vergnügungssteuer zu einer Verringerung der Geldspielautomaten geführt hat, antwortete Stadtrat MAYR, daß sich die Zahl der Geräte seit der letzten Erhöhung von April 1983 bis Mai 1983 um 133 Automaten verringerte.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob durch die verminderte Zahl der Geräte Einbußen bei den Steuern eingetreten sind, berichtete Stadtrat Mayr, daß die Steuererträge aus den Spielautomaten um rund 3 Millionen Schilling gestiegen sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der weiteren Vorgangsweise bei Geldspielautomaten, antwortete Stadtrat Mayr, daß man die Entwicklung der Spielautomaten genau beobachten werde. Ein völliges Verbot halte er nicht für richtig, da zu befürchten sei, daß die Geldspielautomaten trotzdem aufgestellt werden. Wirtschaftliche Maßnahmen beziehungsweise hohe Steuern sollen das Aufstellen solcher Apparate in Grenzen halten. (Forts.) ba/gg

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) nach den möglichen Verbesserungen beim Bundesstraßennetz, zählte StR. RAUTNER (SPÖ) die nächsten Maßnahmen im Bundesstraßennetz auf:

- o Fertigstellung des letzten Teilstückes der A 4 - Ostautobahn
- o Fertigstellung der A 22 - Donauuferautobahn bis Knoten Kaisermühlen
- o Fertigstellung des Abschnittes Floridsdorfer Brücke bis inklusive Brigittenauer Brücke, voraussichtlich im Herbst 1984
- o Fertigstellung des Verkehrsbauwerkes Nordknoten, voraussichtliche Verkehrsfreigabe September 1983
- o Fertigstellung der Rossauer Brücke samt Anschlußbereich im Herbst 1983
- o Ausbau der B 7 - Brünner Straße ab der Schnellbahnbrücke stadtauswärts
- o weiterer Ausbau der B 8 - Angerer Straße im Bereich der Wagramer Straße
- o Abschnittsweiser Ausbau der B 225 - Wienerbergstraße
- o Ausbau der Donaukanalbegleitstraße (B 227)
- o Umbau des Lichtenwerder Platzes. Außerdem sollen folgende Vorhaben rasch realisiert werden:
 - o A 21 Wiener Außenringautobahn vom Knoten Vösendorf zum Knoten Kaiser Ebersdorf
 - o Forcierung der Projektarbeiten für die A 24 - Autobahn Nordost-Tangente
 - o Untersuchung einer leistungsfähigen West- und Südeinfahrt, einer Untertunnelung des Grünen Berges sowie der Tieflegung des Gürtels in extrem verkehrsbelasteten Bereichen.

(Forts.) ba/gg

Wiener Landtag (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Projekten B 222 und Flötzersteig betonte StR. RAUTNER, daß die beiden Projekte nicht totgesagt werden könnten, denn sie seien vorhanden. Es handelt sich nur darum auf welche Art und Weise sie realisiert werden. Dazu gibt es verschiedene Planungsvarianten und zahlreiche Gespräche.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE ob künftig Bauaufträge erst nach Vorliegen von Umweltverträglichkeitsprüfungen vergeben werden erklärte StR. RAUTNER, er sei der Überzeugung, Ökologie und Bau sind miteinander in Einklang zu bringen. Vor der Vergabe von Aufträgen werden alle berufenen Instanzen eingeschaltet, um zu prüfen wie Belästigungen für die Bevölkerung vermieden werden können. (Forts.)

ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Anträge

=++++

16 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Folgende Anträge der öVP wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen: Ein Antrag zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen, ein Antrag zum Ausbau der Kontrolle in Wien, ein Antrag, den Bezirken einen eigenen Wirkungsbereich zu geben, ein Antrag zum Ausbau der direkten Demokratie in Wien, ein Antrag zur Regelung der Prostitution und ein Antrag zur Schaffung eines unabhängigen Bürgerbüros.

Ein Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, wegen des Deliktes der "üblen Nachrede" die Immunität vom LABg. EDLINGER (SPö) aufzuheben, wurde einstimmig abgelehnt.

Zwtl.: Demokratisierungsdebatte

Stadtrat Friederike SEIDL (SPö) beantragte die Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, die vorsieht, daß zur Bildung eines "Klubs des Gemeinderates" nicht mehr die Mindestzahl von drei Gemeinderatsmitgliedern erforderlich ist.

LABg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP), begrüßte die Vereinfachung des Klubbildungsrechtes als wichtigen Schritt für die Minderheitsrechte. Welan forderte in diesem Sinn noch mehr Rechte für den einzelnen Bürger und eine stetige Demokratisierung als Boden für einen stetigen Wandel. Voraussetzung dazu sei der informierte, aktive Bürger und die politische Aufwertung der Bezirke. Wien braucht Ideen, schloß Welan, die Wiener werden sie liefern. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (11)

Utl.: Demokratisierungsdebatte

=++++

17 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) LABg. Mag. KAUER (öVP) verwies auf die von der öVP eingebrachten Anträge als Beiträge zur verstärkten Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Wien. Dazu zählte Kauer den Antrag für den Ausbau der Bezirksrechte, für die sich auch Personalstadtrat Friederike Seidl ausgesprochen habe. Ferner den Antrag für den Ausbau der direkten Demokratie durch die Erleichterung von Volksbefragung und Volksabstimmung und die Ermöglichung, diese Instrumente auch in Teilbereichen der Stadt zur Anwendung zu bringen. Im Bereich der Kontrolle forderte Kauer die SPö auf, Untersuchungsausschüsse in Wien zuzulassen. Ein Bürgerbüro wie in Graz soll dem einzelnen Bürger verstärkten Zugang zu seinen Rechten verschaffen. Alle diese Initiativen seien in dem Satz "Geben Sie mehr Demokratie" zu subsumieren, schloß Kauer. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (12)

Utl.: Demokratisierungsdebatte

=++++

18 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Gerade in Wien gibt es eine Fülle demokratischer Einrichtungen, sagte LAbg. Prof. WIESINGER (SPÖ). Wir sind auf dem Weg, die von uns selbst aufgestellten Programmpunkte Zug um Zug zu erfüllen. Die Demokratie sei sowohl ein Instrument zur Herrschaft der Mehrheit als auch zum Schutz der Minderheit. Die ÖVP erwecke manchmal den peinlichen Eindruck, das, was die Wähler ihr nicht gegeben haben, auf Umwegen erreichen zu wollen. Mit Verfassungen müsse man vorsichtig umgehen. Wir wehren uns nicht gegen Reformen, aber, betonte WIESINGER, es kann auch zu Tode reformiert werden. Die Stadtverfassung sei keineswegs museal.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) anerkannte die Bereitschaft des Landtages, die heutige Novelle zu beschließen, die auch seiner Fraktion die Arbeitsgrundlagen im Rathaus ermöglichen. Wenn man Minderheiten gerecht behandeln will, so müsse man ihnen auch gerechte Möglichkeiten im Wahlrecht zubilligen. Eine Reform des Wiener Wahlrechtes sei notwendig. Die FPÖ erreichte mit 5,4 Prozent der Stimmen bekanntlich nur zwei Prozent der Mandate. Die Mitglieder der Bezirksvertretungen haben bei der Wahl des Bezirksvorstehers weniger Rechte als die Gemeinderäte eines Dorfes. HIRNSCHALL unterstrich die Notwendigkeit, die Kontrollrechte auszubauen. Das Kontrollamt sollte auch die geförderten Wohnbaugenossenschaften kontrollieren. Im Bereich der direkten Demokratie seien weitere Schritte zu setzen.

StR. Friedrike SEIDL (SPÖ) betonte in ihrem Schlußwort, daß für Verfassungsänderungen eine breite Diskussion und auch eine breiter Konsens aller Parteien sinnvoll und notwendig seien. Es soll eine Ausgewogenheit zwischen direkter und repräsentativer Demokratie herrschen. Die Novelle des Jahres 1978 brachte bereits sehr brauchbare Instrumente der direkten Demokratie.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Schluß) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

19 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet. Die ERSTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Ergebnisse eine Untersuchung über bekanntgewordene Scheintrauungen beim Standesamt Wien Margareten erbracht hätte, sagte Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ), die Überprüfung durch die MD-VR habe ergeben, daß sich alle Beamten korrekt verhalten haben. Gegen eine private Person wurden mehrere Anzeigen erstattet, es konnten jedoch keine Beweise erbracht werden, daß gewerbemäßige Scheintrauungen vermittelt wurden. Im übrigen werden die Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz, die mit 1. 9. 1983 inn Kraft tritt, den Mißbrauch des Erwerbes der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Scheintrauungen erschweren.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob eine Disziplinaruntersuchung gegen Bedienstete des Standesamtes durchgeführt werde, sagte Frau Stadtrat Seidl, sie habe die Anweisung erteilt, daß bei Trauungen mit polnischen Frauen genauere Kontrollen durchgeführt werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, in der GR. Hirnschall bekanntgab, er besitze Informationen darüber, daß Bedienstete des Standesamtes sich regelmäßig als Trauzeugen zur Verfügung stellen, und ob dies nicht bei Überprüfungen aufgefallen sei, meinte Stadtrat Seidl, es gebe keine Ansatzpunkte, daß sich Beamte unkorrekt verhalten hätten.
(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

20 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob sich für die Fertigstellung des AKH Konsequenzen ergeben, weil Installationen nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurden, sagte Stadtrat MAYR (SPÖ), daß mangelhafte Ausführungen festgestellt und sofort behoben wurden. Es handle sich vor allem um Montagefehler, die vor der Übernahme durch die VAMED behoben werden. Eine Verschiebung des Endtermines sei dadurch nicht nötig.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum der VAMED-Bericht nicht an die Mitglieder des Stadtsenates weitergeleitet werde, gab Stadtrat Mayr bekannt, daß er mit dem Finanzminister vereinbart habe, den VAMED-Bericht den Mitgliedern des Stadtsenates zur Verfügung zu stellen. Die Details werden in den nächsten Tagen geklärt.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er gewillt sei, den Rechnungshof mit einer Überprüfung zu betrauen, betonte Stadtrat Mayr, daß diese Möglichkeit nach wie vor gegeben sei. Der Rechnungshof habe selbst zu entscheiden, wann und wie er eine Überprüfung durchführt.

(Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

24 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), nach der Sparvariante des österreichischen Konferenzentrums, antwortete Stadtrat Mayr die Formulierung in der Regierungserklärung nach der kostengünstigsten Bauweise finde auch seine Zustimmung.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach dem Finanzierungsplan stellte Stadtrat Mayr fest, daß dem vorliegenden Entwurf nichts hinzuzufügen sei. Die Stadt Wien werde sich an den Betriebskosten wenn möglich nicht beteiligen. Falls es dennoch zu einer Beteiligung komme, müßte die Stadt Wien im gleichen Ausmaß von Kosten bei anderen Projekten entlastet werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, bei welchem Projekt eine Entlastung durch den Bund vorgesehen sei, sagte Stadtrat Mayr, er könne sich vorstellen, die gesamte Hallenkapazität in Wien zusammenzufassen. Dadurch würde ein wirtschaftlicher Ausgleich für die Stadt Wien möglich sein.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPÖ), über die Grundlangenerhebung im Zusammenhang mit der Abgabe an unvermietete Wohnungen, verwies Stadtrat Mayr auf die bereits im Landtag erfolgte Beantwortung. Von 50.000 Hausbesitzern, die Erhebungsbögen ausfüllten, haben alle bis auf 260 diese wieder zurückgeschickt. Dies biete eine gute Grundlage zur Vollziehung des Gesetzes. Zur Zeit wird die Richtigkeit der Ausführungen überprüft. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

25 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), wie er sich zur in der Regierungserklärung erwähnten Absicht der Bundesregierung stellt, die Abschaffung der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer vom Kapital vorzuschlagen, sagte Stadtrat Mayr, daß dies tragende Steuereinnahmen der Stadt Wien sind. Die Lohnsummensteuer beträgt 1,7 Milliarden S im Jahr, die Gewerbesteuer 180 Millionen Schilling. Es müßte dafür eine gleichwertige andere Einnahme erschlossen werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen des Bundes er sich diesbezüglich vorstellen könnte, sagte Mayr, daß eine höhere Beteiligung an der Lohnsteuer ein entsprechender Ersatz wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was er tun würde, wenn der Bund keine Ausgleichsmaßnahmen vorschlagen würde, sagte Mayr, daß kein Grund für eine solche Annahme besteht. Allerdings hätte Wien, das ja Land und Gemeinde zugleich ist, die Möglichkeit der Umgestaltung der Dienstgeberabgabe. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

26 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob für die Veranstaltung des Katholikentages Straßenbaumaßnahmen im Donaupark vorgesehen sind, sagte Stadtrat SCHIEDER, daß eine Reihe von temporären Bauwerken wie etwa ein Altarpodium errichtet werden und dadurch die Entfernung einiger Bäume notwendig ist. Es werden keine Straßen gebaut, aber es kommen Fahrzeuge in den Park. Der Katholikentag hat sich verpflichtet, den Park nach den Feiern instandzusetzen und Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob dabei auch an eine Umgestaltung des Donauparkes gedacht ist, sagte Schieder, daß sich möglicherweise die Gelegenheit für sinnvolle Umplanungen ergibt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob alles unternommen wurde um Baumfällungen zu verhindern, sagte Schieder, daß die Entfernung von Bäumen nicht ganz vermeidbar ist, daß jedoch Ersatzpflanzungen oder Umpflanzungen vorgenommen werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

27 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wie er die Möglichkeit beurteile, in privater Initiative zur Begrünung der Wohnumgebung beizutragen, sagte Stadtrat Schieder, daß diese derzeit unbefriedigend ist.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum man einen Privaten im 1. Bezirk Schwierigkeiten beim Aufstellen von Bäumen gemacht hat, sagte Schieder, daß man Bäume eben nur auf einem Grund aufstellen kann, der einem gehört, oder aber, daß man um die entsprechende Bewilligung einkommen muß. Für die Zukunft hält er die vermehrte Aufstellung von Bäumen auf Kosten der Gehsteigbreite für möglich.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bereit ist, Privatinitiativen in Zukunft zu unterstützen, sagte Schieder, daß er derartige Initiativen begrüßt, daß aber andererseits ein Mindestfordernis an Absprache mit den zuständigen Stellen erforderlich ist. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

29 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ), wie sich in den letzten fünf Jahren die Nachfrage nach berufsbildenden Schulen entwickelt habe, antwortete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß die Zahl der Schüler und die Nachfrage gestiegen seien, wobei ein Trend von den mittleren zu den höheren Schulen festzustellen sei. Auf die ZUSATZFRAGE, was getan werde, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, verwies Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER darauf, daß ein Schulbauprogramm erstellt wurde, das sowohl Um- und Zubauten in bestehenden Schulen als auch Neubauten vorsehe.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen wurden, um bedürftigen Familien und deren Kindern einen Erholungsurlaub zu ermöglichen, antwortete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß erstmals im Jahre 1979 Familien, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, einen Urlaub zu machen, vom Jugendamt gemeinsame Erholungsurlaube mit Sozialarbeitern ermöglicht wurden. 1983 sollen solche Familienurlaube von drei Bezirksjugendämtern durchgeführt werden. Bisher wurden damit sehr gute Erfahrungen gemacht, sodaß diese Aktion in Zukunft noch ausgeweitet werden soll. Auf eine ZUSATZFRAGE antwortete FRÖHLICH-SANDNER, daß im Rahmen des Jugendhilfswerks von 18 Organisationen 62.000 Kindern Erholungsurlaube ermöglicht wurden. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

30 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), in wievielen Gemeindewohnungen derzeit unbehobene Bauschäden beziehungsweise Baumängel vorhanden sind, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß alle anfallenden Gebrechen - in erster Linie handelt es sich dabei um Installationsschäden - unverzüglich behoben werden. Meistens geht es dabei um auftretende Zeitschäden, nicht um Baumängel. Freiwerdende Wohnungen werden vor der Wiedervermietung instandgesetzt. Die aufgetretenen Nässeschäden wurden zum größten Teil bereits behoben. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, worauf er die in einigen hundert Wohnungen noch nicht behobenen Schimmelbildungen zurückführe, antwortete HOFMANN, daß laut dem Bericht der zuständigen Abteilung nur noch in 62 Wohnungen Nässeschäden untersucht werden müssen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, worauf er die Schimmelbildung in diesen 62 Wohnungen zurückführe, sagte HOFMANN, daß er dies im Augenblick im Detail nicht beantworten könne. Er sei jedoch gerne bereit, diese Frage außerhalb des Gemeinderates konkret zu beantworten. (Forts.) ger/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

31 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HOLUB (SPö), bei wievielen Wohnhausanlagen der Stadt Wien heuer bereits mit Instandsetzungsarbeiten begonnen wurde, gab Stadtrat HOFMANN (SPö) bekannt, daß 1983 bei insgesamt 166 Anlagen mit 35.220 Mieteinheiten begonnen wird. Bei 110 Anlagen sind Arbeiten bereits im Gang, bei 56 wird in absehbarer Zeit begonnen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob in der zweiten Jahreshälfte mit weiteren Instandsetzungsarbeiten zu rechnen sei, sagte Stadtrat Hofmann, es sei beabsichtigt, bei weiteren 27 Wohnhausanlagen mit 7.400 Wohneinheiten mit den Instandsetzungsarbeiten zu beginnen.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP), ob mit einem baldigen Baubeginn des Krankenhauses im SMZ-Ost zu rechnen sei, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPö), daß Bürgermeister Leopold GRATZ in der Regierungserklärung betont habe, der Bau könne sofort beginnen, sobald die Finanzierung sichergestellt ist. Es gehe vorallem um die Ausgaben für Nichtwiener Patienten sowie um den klinischen Mehraufwand, wo bereits ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof anhängig ist.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Mittel für 1984 budgetiert sind, sagte Stadtrat Stacher, es hätten noch keine Budgetverhandlungen auf Stadtratsebene stattgefunden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Nennung eines verbindlichen Fertigstellungstermines möglich sei, sagte Stadtrat Stacher, da es noch keinen Termin für den Baubeginn gibt, sei auch kein Fertigstellungstermin bekanntzugeben. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Fragestunde

=++++

32 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), wie das Publikum die Türkenausstellung annehme, stellte Stadtrat MRKVICKA (SPÖ) fest, daß am Donnerstag bereits der 75.000. Besucher begrüßt werden konnte. Er rechne mit einer guten Besucherbilanz der Ausstellung.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie sich die Einführung einer Familienkarte bewährt habe, sagte Stadtrat Mrkvicka, daß bis zum 5. Juni mehr als 2.200 Familienkarten verkauft wurden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE über die Struktur der Besucher gab Stadtrat Mrkvicka bekannt, daß der Anteil der Kinder, Schüler und Studenten etwa ein Drittel betrage und der Ausländeranteil zwischen 10 und 20 Prozent liege. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Anträge und Anfragen

=++++

33 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen vier Anfragen der FPÖ und eine der ÖVP sowie fünf Anträge der ÖVP vor. Sie betreffen:

- Die geplante Verlegung der Wiener Abteilungen der VEW und der VOEST.
- Das unverzügliche Anlegen und Kennzeichnen des "Ring-Rund-Radweges".
- Die Mitnahme von Fahrrädern in speziell gekennzeichneten U-Bahn-Waggons, zunächst probeweise bis Ende Oktober 1983.
- Eine Einfahrgenehmigung für Fahrräder für alle jene, die im Rathaus untergebrachte Dienststellen der Stadt Wien aufsuchen.
- Die Teilung von zwei ersten Klassen in der Volksschule Rodaun im Schuljahr 1983/1984 sowie die Annahme aller angemeldeten Schüler.

Der Gemeinderat bestellte einstimmig neun Mitglieder des Kuratoriums des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk", sechs Mitglieder stellt die SPÖ und drei die ÖVP. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Geschäftseinteilung

=++++

34 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friedrike SEIDL (SPÖ) referierte über die neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien.

Nachdem der Gemeinderat neun Verwaltungsgruppen festgelegt hat, sagte Stadtrat Seidl, ist die neue Geschäftseinteilung nötig, die gekennzeichnet sei durch eine Verwaltungsrationalisierung und durch die innere Zusammengehörigkeit der Magistratsabteilungen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), betonte, er habe schon anlässlich der Regierungserklärung von Bürgermeister GRATZ seine Bedenken gegen die neue Geschäftseinteilung angemeldet. Angesichts der Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates wäre es nötig gewesen, überschaubare Verwaltungseinheiten zu schaffen. Das sei aber nur ansatzweise gelungen. Ein abgerundetes, überschaubares Arbeitsfeld sei das Ressort Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie das Ressort Kultur und Sport. Ein Extrembeispiel für eine unausgewogene und unübersichtliche Kompetenzzuordnung ist die neue Geschäftsgruppe für Stadtentwicklung und Stadterneuerung. GR. Hirschall bedauerte das Fehlen eines selbständigen Planungsressorts und kritisierte, daß Bauüberwachung und Bauausführung der gleichen Geschäftsgruppe zugeordnet sind. Grundsätzlich befürwortete Hirschall das Einbeziehen der Fernwärmebetriebe in das Energieressort. Die gemeinsame Führung der Forst- und Landwirtschaftsbetriebe bezeichnete Hirschall als nicht nötig. Die FPÖ lehnt dies und die neue Geschäftseinteilung ab. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Geschäftseinteilung

=++++

35 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Beschlüsse für neue Geschäftseinteilungen wurden schon öfter gefaßt und jedes Mal als volksnah und ökonomisch hochgelobt. Nach einigen Jahren stellte sich die Unausgewogenheit und Unzweckmäßigkeit heraus, und es wurde wieder geändert, kritisierte GR. Dr. KRASSER (ÖVP). Mängel und Widersprüche gibt es auch dieses Mal, die ÖVP wird daher der neuen Geschäftseinteilung nicht zustimmen.

Die Ressortaufteilung sei Ausdruck politischen Machtstrebens, der die Durchschlagskraft einzelner Stadträte widerspiegle. Ebenso wird mit den Magistratsabteilungen verfahren: Der Landwirtschaftsbetrieb ist 1973 den Stadtforsten angegliedert worden, wobei der Rationalisierungseffekt gepriesen wurde. 1979 kam es zu einer Trennung der Abteilungen, nun werden sie wieder zusammengelegt. Als positiv bezeichnete KRASSER die Entsorgungsbetriebe in der Hand des Umweltstadtrates. StR. SCHIEDER habe offen zugegeben, daß weder die Hauptkläranlage noch die EBS funktionieren. Die wichtigste Abteilung für StR. SCHIEDER, der Presse- und Informationsdienst, betreibe parteipolitische Propaganda. Er solle daher aus der Geschäftsgruppe ausgeklammert und der Magistratsdirektion unterstellt werden. Neben kaum zu bewältigenden Großressorts gibt es Miniressorts. StR. HOFMANN wird die Kompetenzfülle nicht bewältigen können. KRASSER vermutete eine sogenannte Wiedergutmachung an StR. HOFMANN nach dem erzwungenen Rücktritt durch den Reichsbrückeneinsturz. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Geschäftseinteilung

=++++

36 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUB (SPÖ) erklärte, die Stadt Wien sei etwas Lebendiges, nicht Statisches, und mit der neuen Geschäftseinteilung werde neuen Entwicklungen Rechnung getragen. Die Geschäftseinteilung entspreche den Zielen des Arbeitsprogramms. Seit 1973 sei die Geschäftseinteilung immer wieder von der Opposition abgelehnt worden, doch konnten keine brauchbaren Alternativen angeboten werden.

In ihrem SCHLUSSWORT sagte StR. Friederike SEIDL, die Geschäftseinteilung sei gut und wohl überlegt. Wie sie in fünf Jahren zu beurteilen sein werde, müsse die Praxis ergeben.

ABSTIMMUNG: Die neue Geschäftseinteilung wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Pfannbauernquelle

=++++

37 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 44,45 Millionen Schilling beim Wasserwirtschaftsfonds. Es soll für die Herstellung der Wasserversorgungsanlage Pfannbauernquelle verwendet werden.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) wies darauf hin, daß die Tagesordnung insgesamt 17 Darlehensaufnahmen beim Wasserwirtschaftsfonds mit einer Gesamtsumme von 93 Millionen Schilling vorsieht. Damit werden Aufwendungen von insgesamt 150 Millionen gefördert. Die Mittelauszahlungen aus dem Wasserwirtschaftsfonds werden erst seit einer Neuauslegung der Fondsbestimmungen zugunsten der Bundeshauptstadt ermöglicht. Die Wiener bringen an die 30 Prozent der Mittel in den Fonds ein, es sei daher nur gerechtfertigt, auch einen entsprechenden Anteil daraus zu erhalten. Die Stadt Wien wird Wasserver- und -entsorgungsanlagen damit finanzieren.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Gassergasse

=++++

38 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung einer Subvention in Höhe von 2,1 Millionen Schilling für das Kommunikationszentrum Gassergasse.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sprach sich zwar positiv zu der Einrichtung des alternativen Jugendzentrums an sich aus, es solle jedoch erst das Ergebnis des in Ausarbeitung befindlichen Kontrollamtsberichtes abgewartet werden, bevor dem Verein weitere öffentliche Mittel zukommen. Er verwies auf eine Reihe von Ausgaben in der Abrechnung, die seiner Ansicht nach aufklärungsbedürftig seien.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) erklärte, auch die ÖVP bekenne sich grundsätzlich zu alternativen Jugend- und Kulturzentren. Sie sei jedoch gegen den Standort in der Gassergasse. Dr. Flemming stellte den ANTRAG, das selbstverwaltete Kommunikationszentrum Gassergasse zu schließen und den baupolizeilichen und gesundheitsbehördlichen Anforderungen entsprechend als Jugend- und Kommunikationszentrum durch die Gemeinde Wien zu adaptieren. Als Ersatz soll den Mitgliedern des Kultur- und Kommunikationszentrums Gassergasse ein geeignetes Objekt im Bereich des Schlachthofes St. Marx zur Verfügung gestellt werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Gassergasse

=++++

39 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es die Tradition, sagte GR. HANKE (SPÖ), daß mit jungen Menschen immer gesprochen wird, daß ihnen geholfen wird und daß neue Wege gesucht werden, die der gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt sind. Natürlich haben auch wir Sorge über manche Entwicklungen, aber es wäre doch keine Lösung, diese jungen Leute einfach "in die Wüste" zu schicken. In anderen Großstädten ist dies geschehen, und dort gibt es große Unruhen. Die Sozialarbeiter in der Gassergasse bringen sehr viel Idealismus auf. Natürlich muß dort kontrolliert werden. Natürlich sollen auch die jungen Leute selbst dort etwa tun - und dies geschieht auch, zum Beispiel, indem sie selbst eine Lärmdämmung gemacht haben. Den Aufgaben, die es dort gibt, müssen wir uns stellen, auch wenn es dabei manchmal Probleme gibt, schloß HANKE.

In seinem Schlußwort betonte GR. STRANGL (SPÖ), daß in der Gassergasse sehr viel Sozialarbeit geleistet werde.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Beschluß- und Resolutionsantrag der ÖVP wurde zugewiesen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Bausperre

=++++

40 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Verlängerung der zeitlich begrenzten Bausperre in einem Teilgebiet des 10. Bezirks.

GR. ARTHOLD (ÖVP) stellte fest, daß es dabei um eine Neutrassierung der Bundesstraße B 225 gehe. Die ursprüngliche Trasse hätte wertvolles Naturgebiet auf dem Laaer Berg zerstört. In der Zwischenzeit hat erfreulicherweise ein allgemeines Umdenken stattgefunden. Nunmehr soll nur die Bitterlichstraße ausgebaut werden. Dies ist durchaus begrüßenswert. ARTHOLD übte jedoch Kritik daran, daß die Planung relativ schleppend vor sich gehe und daß weder die Bürger noch er selbst als Mitglied des Planungsausschusses wissen, was in der Bitterlichstraße nun tatsächlich geschehen soll. Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, mitzureden. Die Planung darf nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen.

(Forts.) ger/jh

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Bausperre

=++++

43 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) wies die Kritik seines Vorredners zurück. Gerade bei der Planung der B 225 über den Laaer Berg handelt es sich um ein gutes Beispiel der Mitwirkung der Bevölkerung am Planungsgeschehen. Die Bausperre sei nötig. Die Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes müssen eingehalten werden.

Der Antrag auf zeitlich begrenzte Bausperre wurde einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Otto-Wagner-Brücke

=++++

44 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN (SPö) stellte den Antrag zur nachträglichen Genehmigung der Erhöhung des Sachkredites für den "Projektwettbewerb Brücke über das Wiental", die Otto-Wagner-Brücke.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) bezeichnete den Wettbewerb für die Otto-Wagner-Brücke und das Ergebnis des Wettbewerbes als eine Farce. Es gebe heute nicht nur verkehrstechnische und ökonomische Faktoren bei der Planung, man müsse auch jene Faktoren miteinbeziehen, die nicht genau meßbar, aber für das Leben der Stadt von großer Bedeutung sind. "Die Besetzung der Jury ist mir unverständlich", sagte Pawkowicz und kritisierte, daß weder Vertreter des Kulturamtes, des Bundesdenkmalamtes oder des Kunstsenates integriert wurden. Alle Projekte, die die Brücke erhalten wollen, seien ausgeschieden worden. Es müsse möglich sein, diese Brücke zu erhalten.

Stadtrat Dr. MAUTHE (öVP) schloß sich den Argumenten seines Vorredners an. Der frühere Stadtplaner, Prof. Wurzer, habe sich offensichtlich nicht entscheiden können, wem er den Vorzug gibt, einem Kulturwerk oder den Technikern. Ohne die Technik negativ darzustellen, betonte Stadtrat Mauthe, es sollen nicht immer die Techniker entscheiden. Die Technik habe eine dienende Funktion, was besonders für die urbanen Probleme gilt. Die Veranstaltung eines Wettbewerbes sei an sich vernünftig gewesen, doch ließ der Wettbewerb keine freie Bahn. Viele Fragen seien nicht geklärt worden, etwa ob die Eisenkonstruktion der Brücke in Ordnung sei, oder ob auf dieser Strecke andere Garnituren als die Silberpfeile fahren müssen. Ähnlich wie der Umweltschutzstadtrat ein Vetorecht in Umweltfragen besitzt, sollte der Kulturstadtrat ein Kulturveto haben. (Forts.)

fk/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Otto-Wagner-Brücke

=++++

45 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAUTHE sprach sich für einen neuen Wettbewerb unter anderen Rahmenbedingungen aus. Die Diskussion über die Otto-Wagner-Brücke solle aber keine parteipolitische Diskussion sein, wenngleich die Entscheidung eine politische sein wird.

Stadtrat Ing. HOFMANN stellt fest, daß für die Otto-Wagner-Brücke die Kompetenzen nach der neuen Geschäftseinteilung festgelegt sind. Für die Planung die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung, für den Denkmalschutz die Geschäftsgruppe Kultur und Sport und für das Bauwerk die Geschäftsgruppe Verkehr und Energie. StR. Hofmann gab bekannt, daß ihn Bürgermeister GRATZ beauftragt hat, ein Hearing über die Otto-Wagner-Brücke vorzubereiten. Dieses Hearing soll am 6. Juli stattfinden. Erst dann können die Verantwortlichen eine Entscheidung treffen. StR. Hofmann dankte seinem Vorredner für den Hinweis, daß es bei der Otto-Wagner-Brücke um ein komplexes städtebauliches Problem gehe. Nach seinem heutigen Wissensstand sehe er vier Möglichkeiten, sagte StR. Hofmann:

- o Beibehaltung des heutigen Zustandes, ohne Verlängerung zur Schnellbahn
- o Langsamfahrtstrecke über die Brücke, verbunden mit dem Abbruch mehrerer Häuser, damit die Trasse zur Schnellbahn errichtet werden kann
- o Beibehalten der Brücke als Reparaturgleis und eine neue Brückentrasse daneben, das würde bedeuten, daß die Otto-Wagner-Brücke nur mehr von einer Seite sichtbar ist
- o Verwirklichung des Juryergebnisses

Die Diskussion um die Otto-Wagner-Brücke, meinte Stadtrat Hofmann abschließend, solle keine Konfrontation zwischen den Parteien sein. Bei einer Abstimmung könne der Klubzwang aufgehoben werden.

ABSTIMMUNG: Sachkrediterhöhung einstimmig angenommen.

(Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Wohnhausinstandsetzung

=++++

46 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) beantragte die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage im 22. Bezirk, Eipeldauer Straße 40, mit einem Kostenaufwand von 14,5 Millionen Schilling.

GR. HAHN (öVP) stellte fest, daß die öVP dagegen stimmen wird. Seine Fraktion habe schon vor Jahren erklärt, daß mit einem Schilling Mietzins kein Haus erhalten werden könne. Im neuen Mietrechtsgesetz sind jedoch große Ungerechtigkeiten enthalten. Es sei nicht einzusehen, daß gerade Mieter der Wohnungskategorie A, welche die höchste Erhöhung trifft, keine Wohnbeihilfe erhalten. Im Rechnungsabschluß 1982 sind 700 Millionen Schilling Mehreinnahmen aus dem Erhaltungsbeitrag vorgesehen. Die von ihm vorgenommenen Kostenberechnungen für Reparaturen weichen wesentlich vom Erhaltungsbeitrag ab, sagte GR. Hahn. Der Erhaltungsbeitrag habe wesentlich zum Stimmenzuwachs der öVP bei der Gemeinderatswahl beigetragen.

GR. LUSTIG (SPö) meinte, es sei bedauerlich, daß das neue Mietrecht auf dem Rücken der Mieter zum Politikum gemacht wird. Die Bevölkerung zeige sehr großes Verständnis für die Mehrkosten aus dem Erhaltungsbeitrag, weil es verständlich ist, daß eine Reparatur des Hauses mit Hilfe von Bankkrediten wesentlich teurer kommt. Das alte Mietrechtsgesetz habe keine Erhöhung der Mieten, außer bei Neuvermietungen möglich gemacht. Die 700 Millionen Schilling aus dem Erhaltungsbeitrag sind kraft eines Bundesgesetzes zweckgebundene Mittel für Instandsetzungsgarbeiten und keine Mehreinnahmen der Stadt Wien. Vom Erhaltungsbeitrag waren mehr als 200.000 Menschen betroffen, die diese Maßnahme als durchaus gerechtfertigt ansehen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Wohnhausinstandsetzung

=++++

47 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK bezeichnete das neue Mietrechtsgesetz als eine "Lex Wien" - als eine der Folgen einer langjährig verfehlten Wohnungspolitik der SPö. Eine Broschüre als Argumentationshilfe für die Funktionäre sei der sichtbare Beweis dafür. Was die Gemeindebauten betrifft, so sollte es nicht das Ziel sein, zu hohe Mieten durch Beihilfen abzudecken, sondern Wohnungen zu bauen, die sich die Menschen leisten können. Dazu müsse sich jedoch die Politik der Sozialisten ändern.

In seinem Schlußwort ging GR. FREINBERGER auf die Ausführungen von GR. HAHN ein und sagte, daß der Erhaltungsbeitrag der Wohnbauanlage Eipeldauerstraße 40 entgegen den Aussagen Hahns komplett für verschiedene Bauarbeiten aufgewendet wird.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Wohnhausinstandsetzung

=++++

48 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPÖ) beantragte die Instandsetzung des städtischen Wohnhauses in Wien 7, Spittelberggasse 5, mit einem Kostenaufwand von 7,4 Millionen Schilling.

Er freue sich, sagte GR. CZERNY (ÖVP), daß wieder etwas weitergeht auf dem Spittelberg. Er ersuche allerdings um Aufklärung, warum es bei den Angaben über den Kostenaufwand zwischen der Schlichtungsstelle und dem vorliegenden Akt zu einer Differenz von mehreren Millionen Schilling komme.

ABSTIMMUNG: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Zwtl.: Wien aktuell-Wochenblatt

Der Antrag, einen Nachtragskredit für "Wien aktuell-Wochenblatt" in der Höhe von 555.000 Schilling zu genehmigen, wurde ohne Debatte mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Zwtl.: Strompreissenkung

GR. Maria KUHN (SPÖ) beantragte eine Senkung der Stromtarife um fünf Groschen pro Kilowattstunde per 1. April 1983.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß die ÖMV in der Vergangenheit den Inlandgaspreis erhöht habe, während international die Rohenergiepreise sanken. Schuld daran war eine verfehlte Unternehmenspolitik der ÖMV. Die Wiener Bevölkerung kam dadurch nicht in den Genuß der international sinkenden Energiepreise.

Der hohe Schwefelgehalt im Heizöl stellt eine ständige Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung dar. Es sei daher notwendig, zu überlegen, anstelle einer weiteren Strompreisreduktion einen Wiener Umweltschutzfonds zu finanzieren. PAWKOWICZ stellte den ANTRAG, jene Einsparungen, die sich durch Energiepreissenkungen auf dem Weltmarkt ergeben, zur Finanzierung eines Wiener Umweltfonds zu verwenden.

Der Mehrwertsteuersatz auf Energie sollte gesenkt werden. Dafür soll eine Energieabgabe eingeführt werden, deren Erlös dem Umweltschutzfonds zufließt. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Strompreissenkung

=++++

50 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) stellte einleitend fest, daß die ÖVP selbstverständlich zur Herabsetzung des Strompreises ihre Zustimmung geben werde. Den Vorschlag von GR. PAWKOWICZ, Preissenkungen an einen Umweltfonds weiterzugeben, lehne er ab. In den letzten vier Jahren sei der Strompreis um fast 50 Prozent erhöht worden, dem stehe nun die bescheidene Reduzierung von 3,3 Prozent gegenüber. Kreiner bezweifelte den Rechnungsabschluß der Stadtwerke und betonte, dem ausgewiesenen Gewinn von 357 Millionen müßten der Investitionsfreibetrag, die Subvention an die Verkehrsbetriebe, die Rücklage, Forderungsumbuchung sowie die versteckten Subventionen an die Verkehrsbetriebe sowie der verbilligte Strombezug gegenübergestellt werden. Das entspreche dann einem Gewinn der E-Werke von 2,2 Milliarden.

GR. Kreiner appellierte an den neuen Energiestadtrat Hatzl, eine Änderung der Tarifstruktur in Angriff zu nehmen.

Die Tarifgestaltung war auf eine Erhöhung der Kosten der Primärenergie zurückzuführen, betonte GR. HENGELMÜLLER (SPÖ). Er wies die Rechnung seines Vorredners zurück. Der echte Gewinn der E-Werke liegt bei 357 Millionen. Die Rücklagen dienen der Sicherung und dem Ausbau der Energieversorgung. Hengelmüller verwies darauf, daß Wien 60 Prozent seines Stromes in kalorischen Werken erzeugt, wo die Kosten der Primärenergie, Heizöl und Erdgas, hoch sind. Der Redner trat für einen einheitlichen österreichischen Strompreis ein. Aus dem Gefälle des Strompreises Ost und West könne ein Mischsatz erstellt werden.

In einer zweiten Wortmeldung betonte GR. Kreiner (ÖVP) abermals, daß der Gewinn der E-Werke höher sei als der ausgewiesene. (Forts.)

fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Strompreissenkung

=++++

51 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Die amtliche Preiskommission bestimmt nicht den Fixpreis, sondern den Höchstpreis, stellte GR. Mag. REGLER (ÖVP) fest. Das Land Wien könnte daher mit dem Strompreis wesentlich stärker hinunter gehen und so, wie es im Memorandum der Handelskammer verlangt wird, eine konsumentenfreundliche Tarifgestaltung betreiben. Die Wiener Bevölkerung sei auf dem Tarifsektor ohnedies genug Kummer gewöhnt. REGLER forderte die Wiener SPÖ auf, ihre Wirtschaftsfreundlichkeit nicht nur in Worten zu bekunden, sondern durch die Tarifgestaltung umsetzen. Ein Teil der Bevölkerung könne sich die notwendigen Energiekosten nicht mehr leisten. Die ÖVP sei gegen eine Erhöhung der Tarife bei den Verkehrsbetrieben, aber sie sei auch dagegen, daß die E-Werke das Verkehrsbetriebe-Defizit abfangen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie sei abzulehnen, ebenso die Energieverbrauchsabgabe. Auch der geplante Umweltschutzfonds dürfe nicht zu Lasten der Strombezieher gehen.

Bürgermeister GRATZ forderte die Wiener ÖVP auf, im Interesse der Wiener Wirtschaft mitzuwirken, zu einem einheitlichen Stomtarif in Österreich zu kommen. (siehe eigene "rk") (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Strompreissenkung

=++++

52 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUSSER (ÖVP) sagte, der Strompreis in Wien sei deshalb so hoch, weil über den Strompreis andere Betriebe der Stadtwerke, im besonderen die Verkehrsbetriebe, subventioniert werden. Eine gerechte Forderung nach einem bundesweit gleichen Strompreis könne nur dann gestellt werden, wenn in Wien mit ehrlichen und richtigen Zahlen operiert wird. Dies gelte nicht nur für den Strompreis, sondern auch für andere Gebühren und Steuern, die die Wiener Wirtschaft belasten.

Stadtrat MAYR sagte, er bekenne sich zum "Querverbund" bei den Stadtwerken. Die Stützung der Verkehrsbetriebe erfolge nur in dem Maß, in dem durch die Übernahme der Verluste durch andere Betriebe der Stadtwerke Steuerersparnisse in gleicher Höhe eintreten. Trotz des Querverbundes hat Wien den gleichen Stromtarif wie Niederösterreich. Es sollte endlich möglich sein, schloß Mayr, über alle Fraktionen hinweg zu einer gemeinsamen Interessensvertretung der Ostregion in diesen Lebensfragen zu kommen. Er hoffe noch immer, daß sich auch die ÖVP dazu entschließen könne.

In ihrem Schlußwort wies GR. Maria KUHN (SPÖ) darauf hin, daß die Konsumenten heuer bereits 300 Millionen Schilling von den Stadtwerken refundiert erhielten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Der von der FPÖ eingebrachte Beschlußantrag wurde den Ausschüssen für Finanzen und Wirtschaftspolitik und für Umwelt und Bürgerdienst zugewiesen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Zentralberufsschulgebäude Mollardgasse

=++++

54 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STEINBACH (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für die Modernisierung des Ersten Zentralberufsschulgebäudes in der Mollardgasse von 114,2 auf 209 Millionen Schilling.

GR. HAUBENBURGER (BVP) betonte, daß seine Partei für die beschleunigte Renovierung des Schulgebäudes eintrete. Er kritisierte jedoch, daß kurz hintereinander zwei Sachkrediterhöhungen durchgeführt werden. Warum wurde nicht schon bei der ersten Sachkrediterhöhung dem Gemeinderat das Gesamterfordernis vorgelegt? Dies sei offenbar eine Verschleierungspraxis. Die Wiener Wirtschaft

Wir werden auch heuer wieder alles tun, um genügend Lehrplätze zur Verfügung zu stellen, sagte Haubenburger. Die Aussicht auf einen zweiten Berufsschultag auf Kosten der betrieblichen Ausbildungszeit wirke aber nicht gerade ermunternd, Lehrlinge einzustellen. Am besten lernen die Lehrlinge in der Praxis. Die Wiener Wirtschaft zeigte bei der Bewältigung des Lehrlingsproblems ein hohes Maß an Idealismus.

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) sagte, daß die zuständige Dienststelle bemüht war, bei der Sachkrediterhöhung Fehleinschätzungen durch eine zu langfristige Vorausschau zu vermeiden. Zur Bewältigung des Lehrlingsproblems hat die Gemeinde Wien gemeinsam mit den Kammern sehr viel getan.

Im Berufsschulbereich hat sich in den letzten Jahren vieles geändert. In der Apollogasse wurde die 4. Zentralberufsschule in Betrieb genommen, Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten wurden durchgeführt, die Ausstattungen modernisiert. Eines der wichtigsten Anliegen ist die Modernisierung des Gebäudes in der Mollardgasse. Mit dem Bau einer neuen Berufsschule für KFZ-Mechaniker soll bald begonnen werden. STIEHL sprach sich für einen zweiten Berufsschultag aus, da mehr Bildung mehr Lebensqualität ermögliche. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Zentralberufsschulgebäude Mollardgasse

=++++

55 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte den schleppenden Baufortschritt im Schulgebäude. Die Organisation könne nicht stimmen. GR. Arthold zählte eine Reihe von Planungsfehlern auf und stellte die Frage, wo das fünfte Zentralberufsschulgebäude errichtet wird, in Strebersdorf oder in Simmering?

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER meinte, nach den Ausführungen des Vorredners müßte die "Mollardburg" eine Ruine sein. Die Rednerin lud die Mitglieder des Gemeinderates zu einem Besuch in der Mollardschule ein, um sich an Ort und Stelle vom Baufortschritt zu überzeugen. Die Kritik an der etappenweisen Renovierung des Schulgebäudes sei ungerecht, da eine Schule nicht während des Schulbetriebes in einem Zug renoviert werden kann.

Der Antragsteller GR. STEINBACH betonte, daß die Schulverwaltung bemüht sei, die Wiener Berufsschulen auf einen hohen Stand zu bringen, und gerade in der Mollardgasse strengte man sich an, diese Schule in eine moderne und zeitgemäße Berufsschule umzubauen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

(Forts.) fk/ap

NNNN

10. Juni 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1537

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Garagentarife

=++++

56 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) beantragte die Festlegung der Preistarife für die Dianabadgarage sowie für den Parkplatz beim Gänsehäufel.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion diesem Antrag nicht die Zustimmung geben wird. Es konnte nicht sachlich geklärt werden, ob für die Garage eine Gewerbeberechtigung erforderlich sei. Da die Garage öffentlich geführt werde, müßte seiner Meinung nach, eine Gewerbeberechtigung erworben werden. GR. Haubenburger kritisierte, daß man dem Pächter dem Vertrag kündigte und ihm seine Existenzgrundlage entzog. Dem Pächter wurden 1975 nach Abschluß des Pachtvertrages mit der Bäderverwaltung Auflagen erteilt, die Investitionen von etwa 600.000 S erforderlich gemacht hätten. Der Pächter informierte die MA 44 über die Mängel, mit der Bitte diese zu beseitigen. Von der Bäderverwaltung kam keine Reaktion, sodaß die Auflagen reklamiert und schließlich Strafen erteilt wurden.

Im April 1983 kam es zur Auflösung des Vertrages. Die Bäderverwaltung führt die Garagen unter dem Titel eines Badebetriebes, um - wie Haubenburger vermutete - den Auflagen nach dem Garagengesetz zu entgehen. Die Verluste der Bäder sollen durch Dienstleistungsbetriebe kompensiert werden. Beim Parkplatz Gänsehäufel wurde auf die Halbtagsparker vergessen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Garagentarife

=++++

57 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Leopoldine PFAUSER verwies zunächst auf den einstimmigen Beschluß im Ausschuß für Umwelt und Freizeit. Als wahre Gründe für die Auslösung des Pachtvertrages nannte Pfauser die Weigerung des Pächters, bau- und feuerpolizeilichen Auflagen nachzukommen, sowie Beschwerden der Kunden über mangelnden Service. Seit der Übernahme durch die MA 44 konnten auch die Preise gesenkt und die Kundenfreundlichkeit wesentlich erhöht werden.

GR. VEJTISEK unterstrich in seinem Schlußwort die Ausführungen von GR. Leopoldine Pfauser.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt, der Vorsitzende schloß die Sitzung um 18.12 Uhr.

(Schluß) gab/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

.....

NNNN

Jugendzentrum Kaiser-Ebersdorf übersiedelt

Utl.: Fröhlich-Sandner veranlaßt "nahtlosen Übergang"

=++++

23 Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Das Jugendzentrum Kaiser-Ebersdorf wird demnächst in eine im Nebenhaus gelegene Schule übersiedeln. Aufgrund der Vorsprache einer Elterninitiative veranlaßte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß der Verein Jugendzentren der Stadt Wien das alte Zentrum solange offenhält, bis die neuen Räumlichkeiten bezogen werden können. Durch diese Regelung ist gewährleistet, daß die Betreuung der Kinder, die im JZ Kaiser-Ebersdorfer-Straße 67 einen Schülerclub besuchen nicht unterbrochen wird. (Schluß) emw/gg

NNNN

GRATZ: Gemeinsam um einheitlichen Stromtarif kämpfen

=++++

53 Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) In der Freitag-Gemeinderatsdebatte forderte Bürgermeister Leopold GRATZ die Volkspartei auf, im Interesse der Wiener Wirtschaft gemeinsam um einen einheitlichen Stromtarif für Österreich zu kämpfen. Während die Wirtschaft der westlichen Bundesländer durch Strom aus Wasserkraft ungeheure Vorteile habe, sei die Wirtschaft der Ostregion durch thermisch erzeugten Strom stark benachteiligt. So wie es in Österreich ja bereits einen Transportkostenausgleich gebe, müsse im Interesse der produzierenden Wirtschaft gemeinsam die Forderung nach einem Kostenausgleich für Strom und damit nach einem einheitlichen Strompreis erwogen werden. Er habe in dieser Frage bereits zahlreiche Gespräche mit Handelsminister Staribacher geführt, erklärte der Bürgermeister, und werde solche Verhandlungen auch mit Handelsminister Steger führen. GRATZ appellierte aber an die Einigkeit, da es die Argumentation im Sinne der Ostregion wesentlich erschwere, wenn die ÖVP im Wiener Gemeinderat nun behauptete, daß die Wiener Stadtwerke den Strompreis mutwillig höher ansetzen als es nötig wäre. (Schluß) rü/ap

NNNN